

Haushaltsrede 2023, 16.3.2023

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,
sehr geehrte Damen und Herren,

jedes Jahr im Herbst, wenn die Unternehmensbereiche ihre Bedarfe anmelden für das kommende Haushaltsjahr, beginnt die Diskussion von Neuem: was können wir uns leisten, auf was dürfen wir nicht verzichten, wo müssen wir „Nein“ sagen, was ist nur „nice to have“.

Dieser Haushalt, den wir heute beschließen wollen, ist voller Nullstellen. Das hat verschiedene Gründe:

1. Hof ist eine vergleichsweise finanzschwache Kommune. Gleichzeitig muss es die von einem Oberzentrum erwarteten Strukturen aufrechterhalten. Die Stadt erhält dafür Stabilisierungshilfen vom Freistaat. Etwa 80% dienen der Schuldentilgung, etwa 20% stehen für Investitionen zur Verfügung. Verbunden mit dieser Finanzspritze sind aber von Jahr zu Jahr strengere Auflagen, die unseren Handlungsspielraum, unsere Unabhängigkeit einschränken.

Getreu dem Motto:

Die Leistungen müssen ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sein; sie dürfen das Maß des Notwendigen nicht überschreiten. Leistungen, die nicht notwendig oder unwirtschaftlich sind, können die Bürger*innen nicht beanspruchen, dürfen die Kommunen nicht bewirken und die Regierung nicht bewilligen.

Pardon, mein Fehler: das Wirtschaftlichkeitsgebot des SGB V gilt nur für uns Vertragsärzte der Krankenkassen.

Obwohl: diese „4 Minus“ in Schulnoten sehen Sie, meine Damen und Herren, in unseren Straßen, an den Brücken, den öffentlichen Gebäuden, unseren Schulen.

2. Noch vor 10 Jahren schien es so, dass Hof auf dem absteigenden Ast ist. Sinkende Einwohnerzahlen, tiefschwarze Zukunftsaussichten und kein genehmigungsfähiger Haushalt: in der Verwaltung wurden in erheblichem Umfang Stellen abgebaut. Zwar wurden, auch mit unserer Zustimmung, unter der Oberbürgermeisterin Eva Döhla schon 69 neue Stellen geschaffen. Aber Arbeit gibt es mehr als genug. Und es fehlen die Fachkräfte, auch wenn wir weitere Planstellen schaffen würden. Als Folge davon sind wir im Verzug, was die Erhaltung der Substanz angeht. Diese dunklen Jahre fehlen uns heute, der Berg an Aufgaben ist viel größer als er sein sollte.
Und: wir schieben genehmigte Projekte für viele Millionen Euro vor uns her, weil unsere Verwaltung sie nicht bearbeiten kann.
3. Zerbrochene Lieferketten. Gibt es das Personal, fehlt das Material und umgekehrt. Oder beides.

„May you live in interesting times!“ Mögest du in interessanten Zeiten leben, so lautet ein Fluch, eine Verwünschung, deren Ursprung im alten China vermutet wird. Schon in den ruhigen, langweiligen, geordneten Zeiten der Vergangenheit war es nicht einfach, die Gelder für eine gedeihliche Entwicklung unserer Stadt aufzutreiben.

Wir leben aber tatsächlich in interessanten Zeiten, und deren Ende ist nicht absehbar.

Da ist das 1. Thema Geflüchtete. Die Städte und Gemeinden, und mit ihnen ihre Bewohner (aber auch die Geflüchteten!), müssen die Folgen einer desaströsen Außen-, Wirtschafts-, Asyl- und Migrationspolitik der vergangenen CDU/CSU-geführten Bundesregierungen ausbaden. Viele Kommunen sind am Limit ihrer Leistungsfähigkeit oder haben dieses, wie wir hier in Hof, längst überschritten. Und machen wir uns nichts vor: was heute an Geflüchteten und Migrant*innen bei uns ist, das ist gerade mal der Anfang.

Das führt zu einem zweiten entscheidenden Punkt, der unser Leben hier in Hof auf unabsehbare Zeit bestimmen wird: der Klimawandel.

Wir können in Hof nur einen ganz kleinen Teil zur Rettung der Welt beitragen, aber wir leisten diesen Beitrag, weil es dazu keine realistische Alternative gibt. Es gibt auch keine realistische Alternative dazu, unsere Stadt für ein Leben unter veränderten klimatischen Bedingungen fit zu machen. Auch falls es gelingt, das 1,5°-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens doch noch einzuhalten, wird sich bei uns vieles gravierend verändern.

Generell gesagt und von entscheidender Wichtigkeit für die Akzeptanz ist unserer Meinung nach, dass alle Maßnahmen, die wir in Hof im Rahmen von Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende durchführen, die Lebens- und Aufenthaltsqualität in unserer Stadt erhöhen.

Ein ganz wichtiger Beitrag ist die Erstellung und dann Umsetzung eines Stadtmeteorologiekonzepts, welches wir Grünen beantragt hatten.

Mindestens 4500 Tote allein in Deutschland 2022 als Folge der Aufheizung der Innenstädte signalisieren den Handlungsbedarf. Das Gutachten dazu dürfte jetzt fertig sein. Wie bekommen wir mehr Frischluft, mehr Grün, mehr Wasser in die Kernstadt, und wo genau muss gehandelt werden? Das Gutachten erlaubt die Einforderung von Fördermitteln und zielgerichtetes Handeln.

Wir haben letztes Jahr einstimmig ein Radverkehrskonzept verabschiedet, das die Vorgaben von 1997 endlich wieder aufnimmt. Jetzt geht es schrittweise an die Umsetzung. 135.000 Euro für die Planung der Vorrangroute 12 vom Untreusee bis Saalenstein sind heuer eingestellt. Dabei tauchen schon die ersten schwerwiegenden Probleme auf. Ein gedeihliches Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsarten, Sicherheit und Komfort für alle, vom Fußgänger bis zum Schwerlastverkehr, geht nicht so einfach, wenn der Straßenraum eine fixe Breite hat. Da müssen die Autofahrer etwas abgeben, damit die Radfahrenden und Fußgänger sicherer vorankommen.

Heuer soll auch die Fahrbahn der Köditzer Straße in Höhe der Metzgerei Max eingeengt werden, um die Schulwegsicherheit zu erhöhen. Dafür stehen 35.000 Euro zur Verfügung. Leider noch bezeichnend: diese Kreuzung ist Vorrangroute des Radwegenetzes. Und die Belange der Radfahrenden wurden schlichtweg vergessen. Übrigens: besser als Querungshilfen und Fahrbahneinengungen sind Schulwegehelfer*innen. Davon gibt es zu wenige. Helfen Sie Ihren Kindern und Enkeln, sicher zu Schule und zurück nach Hause zu kommen! Nicht, indem Sie die Kids mit dem SUV bis ins Klassenzimmer fahren, sondern stellen Sie sich als Schülerlotsen zur Verfügung!

Sicherheit im öffentlichen Raum bedeutet auch Barrierefreiheit. Leider (oder immerhin) stehen dafür heuer 30.000 Euro zur Verfügung. Allerdings kein Cent für den entsprechenden Umbau von weiteren Bushaltestellen.

Wir haben in den Haushaltsberatungen gefordert, den vorgesehenen neuen Gehweg vor dem Kinderhaus der Lebenshilfe in der Erlhofer Straße zu bauen und das Geld dafür nicht zu streichen. Dieser Vorschlag soll jetzt wirklich umgesetzt werden, 65.000 Euro sind eingestellt.

Auf die Dächer öffentlicher Gebäude gehören PV-Anlagen oder Solarthermie. Und bei geeigneter Dachneigung sollten sie bepflanzt werden (wenn die Traglast das zulässt). Auch als Beispiel für Privatleute. Die Angerschule erhält eine thermische Solaranlage, das Jean-Paul-Gymnasium immerhin einen Pavillon mit Dachbepflanzung und PV-Modulen.

Ohne Fördergelder geht nichts. Um sie zu erhalten, wollen die Fördergeber möglichst objektive Daten. 70.000 Euro stehen bereit für das Gutachten zum Klimaanpassungskonzept, was weit über den bereits vorgesehenen Energienutzungsplan hinaus geht. Auf's Auto verzichten in Hof, das geht nur, wenn die alternativen Möglichkeiten attraktiv genug sind. Wir wollen einen zentralen Umsteigeort zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln am Hauptbahnhof einrichten. Für das Stadtbusnetz geben wir ein Gutachten in Auftrag. Das sogenannte Asphaltprogramm geht weiter, auch für das Aufmalen von Radschutzstreifen stehen 40.000 Euro zur Verfügung.

Beim Umrüsten der Straßenbeleuchtung auf LED geben wir wieder Gas. Erst einmal kostet es, aber nach wenigen Jahren rechnet es sich durch die Energieeinsparung. Vielleicht lässt sich da mittelfristig noch mehr erreichen durch eine intelligente Steuerung.

Viele kleinere und kleinste Maßnahmen sind noch aufgeführt, die zu erwähnen den Zeitrahmen sprengen würde. Wir haben einen jährlichen Bericht zum Stand der Umsetzung unseres Klimaschutzkonzepts beantragt. Wir Stadträte und alle Bürger*innen dürfen gespannt sein.

Es geht ja um die Zukunft unserer Kinder und Enkel.

Um die Zukunft der nachfolgenden Generationen geht es auch im Bereich Bildung. Viel Geld erfordert die Sanierung unserer Schulen. Wir packen es an, eine nach der anderen. Ein Schüler*innenplatz kostet neu etwa 90.000 Euro. Also geht es nur nach und nach. Gleichzeitig versuchen wir, das Lernumfeld der jungen Leute weiter zu verbessern und unsere Schulen mit Lernmitteln und zeitgemäßer EDV auszustatten. Vieles geht heuer, manches musste zurückgestellt werden.

Gleichzeitig geht es uns immer auch darum, die Benachteiligten, den Menschen mit Handicap zu fördern, ihnen eine bestmögliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Niemand wird im Regen stehengelassen. Im Sozialetat muss dazu sehr viel Geld eingestellt werden. Wir unterstützen das und wünschen uns im Einzelfall, z.B. bei der Förderung der Inklusion in den Schulen (Stichwort: Einrichtung eines Inklusionsklassenraumes in der Münsterschule), noch mehr finanzielles Engagement.

Und die Zukunft?

Die mittelfristige Finanzplanung spiegelt die geschilderten Prioritäten wider. Aber beim Neubau der südlichen Bahnhofseinfahrt muss sich die Stadt mit 50% an den Kosten für den Ersatz des Alsenberger Durchlasses beteiligen. Da bleibt dann nicht mehr viel übrig für neue Brücken, neue Straßen und neue Kanäle.

Dieser Haushalt ist also wie immer. Wir wünschen uns das Beste, aber wir rechnen mit dem Schlimmsten. Und irgendwie sind wir wieder einmal irgendwo in der Mitte gelandet.

Die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen stimmt der Haushaltssatzung des Haushaltsplans, den Wirtschaftsplänen von Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium sowie der Festsetzung des Finanzplans für 2023 zu.